

# **DIE LINKE.**

# **| KONTAKT**

**INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD** **AUSGABE JANUAR 2017**



Liebe Genossinnen und Genossen,

vor wenigen Tagen hat das neue Jahr begonnen und nun ist es an der Zeit, unsere Gedanken und Ideen, Vorsätze und Wünsche, Aktivitäten und Anstrengungen nach vorn, auf das Jahr 2017 zu richten.

Das Jahr 2016 war wiederum geprägt von den Krisen des neoliberalen Wirtschaftssystems, welches immer weniger Menschen eine sichere Lebensperspektive gewährleistet und die Probleme von weltweiter Armut und ökologischem Notstand nicht zu lösen in der Lage ist. Die Folgen dieser Krisen sind die Fortsetzung der Fluchtbewegungen aufgrund von Kriegen und fehlenden Lebensgrundlagen für Millionen Menschen in Afrika, Asien, aber auch Europa sowie das Erstarken von nationalistischen und antidemokratischen Kräften in Europa und auch in Deutschland. Die Bundesregierung ist nicht handlungsfähig und versagt dabei stetig, die anstehenden Probleme und Herausforderungen zu lösen. Stattdessen schwächt sie weiterhin unsere Sozialsysteme, schmälert die demokratischen Bürgerrechte und verkauft die gemeinschaftliche Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir als Linke haben 2016 als Teil der internationalen, europäischen und deutschen Protestbewegung gegen Krieg, Kapitalismus und Neoliberalismus, Sozial –und Demokratieabbau und ökologische Zerstörung versucht, uns entsprechend unseren Möglichkeiten für eine friedliche und sozial gerechtere Gesellschaft einzusetzen.

Mit Rückblick auf 2016 möchte ich allen Genossinnen und Genossen danken, die sich aktiv in die politischen Aktivitäten des Kreisverbandes eingebracht haben, ob im Ehrenamt in den Kommunalvertretungen, im Kreisvorstand, in den Ortsverbänden, als Unterstützerinnen und Unterstützer bei Infoständen, Protestaktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen. Ich danke auch denen, die das Leben unseres Kreisverbandes 2016 mit ihren Ideen, Diskussionen und ihrem Engagement bereichert haben.

Das neue Jahr 2017 stellt uns vor große politische Herausforderungen. Es ist das Jahr der nächsten Bundestagswahl, die einen aktiven Wahlkampf und den engagierten Einsatz aller Kräfte unseres Kreisverbandes erfordert, um ein gutes Wahlergebnis zu erreichen. Vor allem müssen wir der „Wahlmüdigkeit“ der Bürgerinnen und Bürger mit unseren Ideen und einem anspruchsvollen Bundeswahlprogramm entgegenwirken. Natürlich denke ich auch an die Tätigkeit unserer gewählten Abgeordneten und die politische Alltagsarbeit des Kreisverbandes, die nur durch das Engagement möglichst vieler Genossinnen und Genossen mit Leben erfüllt werden kann. Wir setzen uns das Ziel, auch 2017 als linke politische Kraft des Eichsfeldes bestehen zu bleiben und entsprechende Maßstäbe zu setzen.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich Euch und Euren Familien ein friedliches Jahr 2017, Gesundheit und persönliches Wohlergehen und uns allen natürlich viel Erfolg für unsere politischen Aktivitäten insgesamt und im Wahlkampf.

Mit solidarischem Gruß

Sigrid Hupach

## **Mitgliederversammlung am 14.01.2017 in Worbis**

Am Samstag, den 14.01.2017, haben sich die Mitglieder des Kreisverbandes in Worbis getroffen. Trotz starkem Schneefall und glatten Straßen kehrten 29 Genossinnen und Genossen im Gasthaus „Zur Wipper“ ein, debattierten über tagespolitische Themen und stimmten über Erklärungen und Beschlüsse ab, die der Kreisvorstand vorbereitet hatte. Nach einer Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Sigrid Hupach hielten Nick Kühnemund und Lucas Bode einen Rückblick auf das vergangene Jahr, plädierten für eine sozialere und friedliche Politik, um Neoliberalismus und Krieg entgegenzuwirken. Außerdem konnten der Mitgliederversammlung zwei neue Mitglieder vorgestellt werden: Anita Bierwisch und Leon Windolph (siehe Foto).



Die Mitgliederversammlung kritisiert in einer Erklärung die Bundesregierung für das Streichen unliebsamer Passagen aus dem diesjährigen Armutsbericht. In der überarbeiteten Fassung des Armutsberichtes ist eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen Armut und Wahlbeteiligung nachweist, nicht mehr zu finden. Die Tatsache, dass Besserverdiener die Politik besonders stark beeinflussen, während Niedrig- und Geringverdiener das nicht tun können, scheint für die Bundesregierung offensichtlich nicht wichtig zu sein – womit sie ihr trauriges Demokratieverständnis zur Schau stellt. Etwas Gutes hat die Streichung der Passage über den Armutsbericht allerdings: man redet über ihn!

Zwei weitere Beschlüsse zu den Themen Laizismus und zur Klage der Thüringer Landesregierung gegen einen Volksentscheid sind auf der Website des Kreisverbandes zu finden.

## **Bundesverfassungsgericht entscheidet gegen-NPD Verbot**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 17. Januar 2017 den Antrag der Bundesländer, die NPD zu verbieten, abgelehnt. Nach der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts verfolge die NPD zwar das Ziel, die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu beseitigen, allerdings bestünden keine konkreten Anhaltspunkte, die einen Erfolg ihres Handelns „derzeit“ zumindest „möglich erscheinen lassen“. Sprich: die NPD besitzt keine Relevanz im politischen System Deutschlands. Der Urteilsspruch ist eine Blamage für die NPD.

Ich persönlich unterstütze die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts, möchte sie allerdings um einen weiteren Bestandteil erweitern: ein NPD-Verbot ist schlichtweg irrational und sinnlos. Man versucht ein Problem zu beheben, indem man es einfach verbietet. Dadurch gibt es aber nicht weniger Nazis, nicht weniger Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit. Und nicht nur das: durch ein Verbot der NPD verbietet man weder die Gesinnung, noch die Weltanschauung. Beides bleibt weiterhin erhalten und verlagert sich aufgrund der Illegalität in den Untergrund, wo es für den Staat schwieriger ist, potentielle Gefährder zu beobachten.

Ich würde mir wünschen, dass man sich mehr mit den Ursachen beschäftigt, warum Menschen sich dazu entscheiden, eine offen rassistische Partei zu wählen. Während der Sozialstaat immer weiter abgeschafft wird und Demokratie bei den Herrschenden offenbar keine Rolle spielt, wirbt die NPD für mehr Mitbestimmung und für einen Mindestlohn – garniert mit rassistischen und fremdenfeindlichen Ressentiments.

Ich denke, anstelle ein Verbotsverfahren einzuleiten, das nun zum zweiten Mal scheiterte und der NPD damit letzten Endes sogar einen „Persilschein“ ausgestellt hat, sollte man die sozialen Bedürfnisse der Menschen ernstnehmen und befrieden, ihnen mehr Mitbestimmung geben. Durch Präventionsarbeit in Problemgebieten und Aufklärung an Schulen kann man dann den Nazis ideologisch das Wasser abgraben. Ein Verbot tut das hingegen nicht.

- ein Beitrag von Lucas Bode

## Der deutsche Staat erwirtschaftet Haushaltsüberschuss

Zum dritten Mal in Folge erwirtschaftete der deutsche Staat im Jahr 2016 einen Haushaltsüberschuss. Insgesamt nahm er 19,2 Mrd. Euro mehr ein als er ausgab. Anstelle das Geld in unser chronisch unterfinanziertes Bildungswesen oder in marode Straßen zu investieren, opfert Finanzminister Schäuble es lieber seiner Göttin, der schwarzen Null.

„Nach geltender Rechtslage müsste das Haushaltsplus automatisch in die bereits gebildete Rücklage von 12,8 Mrd. Euro zur Finanzierung der Aufwendungen für Flüchtlinge fließen. Anstatt die bisherige Finanzreserve für die Flüchtlingskosten nochmals aufzustocken, soll das zusätzliche Geld zur Schuldentilgung genutzt werden. Die SPD fordert eine schnelle Entlastung von Klein- und MittelverdienerInnen und eine Ausweitung von Investitionen“, so Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

In der öffentlichen Debatte wird der Haushaltsüberschuss vorrangig der guten Konjunktur zugeschrieben und völlig ausgeblendet, dass in allen deutschen Gebietskörperschaften seit Jahren die Politik der "schwarzen Null" dominiert. Die massive Sparpolitik zeigt sich sowohl in den unzureichenden Sozialausgaben (Transfereinkommen), der öffentlichen Personalausstattung und unzureichenden öffentlichen Investitionen. Ein wichtiger Grund für den Haushaltsüberschuss ist der Substanzverlust oder Raubbau an der öffentlichen Infrastruktur: durch die Schuldenbremse mussten Bund, Länder und Kommunen ihre Ausgaben beschneiden. Der entscheidende Haken bei der Politik der "schwarzen Null" ist neben der völlig unzureichenden Finanzausstattung für die Sozialausgaben, dass die Schuldenbremse durch Personalabbau und vor allem durch eine Reduzierung der öffentlichen Investitionen umgesetzt wurde. Die Konsequenz ist, dass Deutschland eines der Industrieländer mit den niedrigsten öffentlichen Investitionsquoten ist.



Karikatur: kunstsam.de

„Es ist geschafft: die BRD hinterlässt den künftigen Generationen keine weiteren Schulden...sondern Ruinen!“